

und die Unternehmen werden aufgefördert, alternative Kraftstoffe zu entwickeln und umzusetzen. Ausländische Beobachter weisen jedoch auf die fehlende Einheitlichkeit und Verbindlichkeit der Regelungen hin, die das Erreichen dieser Zielsetzungen erschweren könnte. (www.china.ahk.de, 28.7.04)

Global Player wie General Motors Corp. (GM) und Ford begrüßten grundsätzlich die neue Richtlinie, kommentieren jedoch noch keine Details des 78 Artikel umfassenden Dokuments. Durch die Fortdauer und den Ausbau ihrer Engagements in China demonstrieren jedoch die meisten internationalen Automobilkonzerne, dass sie im chinesischen Markt weiterhin ein erhebliches Wachstumspotenzial sehen. Im Umfeld der Beijing International Car Exhibition Mitte Juni unterstrichen viele ihre Absichten, verstärkt in den chinesischen Markt zu investieren. So plant Ford seine Produktionskapazitäten bis Ende des Jahres zu verdreifachen, GM will innerhalb der kommenden drei Jahre drei Mrd. US\$ investieren, und Volkswagen möchte durch Investitionen von 7,4 Mrd. US\$ die eigene Marktposition sichern und ausbauen. (*Beijing Review*, 15.7.04) -Markus Grabmeier-

SVR Hongkong

27 Einladungen zu Feierlichkeiten am Vorabend des Nationalfeiertags in Beijing

Erstmals lud die parteistaatliche Führung in Beijing zehn Abgeordnete der am 12. September neu gewählten Legislativversammlung (*Legislative Council*) aus dem pro-demokratischen Parteienlager Hongkongs zu den Feierlichkeiten im Vorfeld des 55-jährigen Bestehens der VR China in Beijing ein. Für Unstimmigkeiten sorgte die Tatsache, dass sich unter diesen zehn Vertretern nur ein Mitglied der Democratic Party befindet, obgleich diese die größte Oppositionspartei in der neuen Legislativversammlung ist (ausführlicher zu den Wahlen der Le-

gislativversammlung siehe das Thema in diesem Heft).

Die insgesamt rund 200-köpfige Hongkonger Delegation unter der Führung des Regierungschefs (*Chief Executive*) Tung Chee-hwa wurde für einen ein-tägigen Besuch nach Beijing eingeladen, um am Vorabend des Nationalfeiertages am 1. Oktober d.J an den offiziellen Feierlichkeiten teilzunehmen. Damit war eine rechtzeitige Rückkehr für die Teilnahme an den lokalen Hongkonger Festlichkeiten am Nationalfeiertag selbst gewährleistet. Am 24. September waren zunächst zehn pro-demokratische Abgeordnete eingeladen worden. Da es sich dabei vor allem um gemäßigtere Demokraten der kleineren politischen Parteien handelte und nur ein Abgeordneter der Democratic Party dazugehörte, führte diese Entscheidung zu kontroversen Diskussionen. Insbesondere die pro-demokratischen Kräfte Hongkongs werteten die Entscheidung als einen Beweis dafür, dass die parteistaatliche Führung das demokratische Lager spalten wolle. Andere Stimmen, zu denen auch die ehemalige *Chief Secretary* Anson Chan gehört, sahen darin vielmehr ein Zugeständnis der Parteispitze in Beijing und hoben die Einzigartigkeit dieser Entscheidung hervor. Ihrer Meinung nach könne man darin einen ersten Schritt in Richtung einer verbesserten Kommunikation zwischen der zentralchinesischen Führung und den pro-demokratischen Kräften der SVR sehen. Einen Tag später, am 25. September, erfolgte dann die Einladung drei weiterer pro-demokratischer Politiker, die Abgeordnete der Bezirksräte sind, unter ihnen ebenfalls ein Vertreter der Democratic Party. Zou Zekai, stellvertretender Direktor des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong versicherte, dass die parteistaatliche Führung mit den Einladungen vor allem den Dialog mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen anstrebe und der Dialog nicht auf einzelne politische Parteien beschränkt sei.

Auch wenn sich während der offiziellen Feierlichkeiten kaum Möglichkeiten für offizielle politische Gespräche zwischen den Hongkonger Abgeordneten und der Beijinger Parteispitze eröffnen dürften, ist die erstmalige Einladung von insgesamt zehn demokra-

tischen Abgeordneten der Legislativversammlung durchaus als konstruktive und zuvorkommende Geste der zentralchinesischen Führung zu beurteilen, auch wenn der Anteil der Vertreter der Democratic Party nur gering ist. (SCMP, 24., 30.9.04; WSJ, 23.9.04; ST, 25.9.04; RTHK, Radio 3, 30.9.04) -kw-

28 US-Repräsentantenhaus verabschiedet Resolution zur Unterstützung eines „freiheitlichen Hongkongs“

Am 13. September verabschiedete das US-Repräsentantenhaus eine Resolution, in der es die Unterstützung für ein so genanntes „freiheitliches Hongkong“ zusichert und der parteistaatlichen Führung der VR China vorwirft, die Einführung allgemeiner und freier Wahlen des Regierungschefs (*Chief Executive*) und der Legislativversammlung (*Legislative Council*) in der SVR Hongkong verhindern zu wollen. Sowohl die Regierung der SVR Hongkong als auch der Nationale Volkskongress (NVK) der VR China wiesen die in der Resolution geäußerten Anschuldigungen entschieden zurück.

Wie ein Sprecher des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des NVK mitteilte, beschuldigte das US-Repräsentantenhaus in seiner Resolution den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, der „letzte Schiedsrichter“ bei Hongkongs demokratischen Reformen zu sein, der mutwillig und grundlos Chinas Verfassung und das Hongkonger Grundgesetz (*Basic Law*, kurz BL) nach eigenen Interessen interpretiere. Da es sich bei diesem Vorwurf um eine Einmischung in die internen Angelegenheiten der VR China handle, der zudem die Gefühle der chinesischen Bevölkerung verletze, weise der Nationale Volkskongress diesen zurück. Der Sprecher führte aus, dass die parteistaatliche Führung Chinas die SVR bei der Entwicklung ihres demokratischen Systems in Übereinstimmung mit den lokalen Gegebenheiten unterstütze und eine Demokratisierung somit befürworte. Als Hongkong noch eine britische Kronkolonie war, habe es 150 Jahre lang keine Demokratie gekannt. Seit der Rückgabe der Sou-

veränität an die VR China 1997 halte sich die VR hingegen strikt an das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, bewahre einen hohen Grad an Autonomie der SVR und richte sich nach dem BL. Die jüngsten Wahlen zur Legislativversammlung am 12. September hätten der Hongkonger Bevölkerung so viele demokratische Rechte eingeräumt wie nie zuvor, indem sie die Möglichkeit einer Direktwahl der Hälfte der zu vergebenden Sitze eröffneten. Da Hongkong eine Sonderverwaltungsregion der VR China sei, habe der NVK das Hongkonger BL konstituiert. Das BL und die chinesische Verfassung gebe dem Nationalen Volkskongress das Recht, das BL zu ändern. Gleichzeitig sei der Ständige Ausschuss des NVK dazu berechtigt, das BL zu interpretieren. Nur eine graduelle demokratische Entwicklung in Abstimmung mit den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen könne zu einer langfristigen Prosperität und Stabilität Hongkongs beitragen. Allgemeine und direkte Wahlen des Regierungschefs und der Legislativversammlung seien das ausdrückliche Ziel, welches im BL festgeschrieben ist. Dieses Ziel könne aber nicht bis 2007/08 erreicht werden.

Ein Sprecher der Hongkonger Regierung äußerte sich in ähnlicher Weise. Er betonte ferner, dass Hongkong eine der freiesten Gesellschaften der Welt sei. Die Vorwürfe des US-Repräsentantenhauses würden nicht die aktuelle Situation widerspiegeln. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht seien durch das BL geschützt.

Die Resolution des US-Repräsentantenhauses reiht sich in die bereits im Januar d.J. gemachten Aussagen des Sprechers des US-State Departments sowie des Senators Brownback ein. Am 3. Januar hatte sich der Sprecher Richard Boucher für eine starke Unterstützung der USA für die Demokratie in Hongkong ausgesprochen und eine Wahlrechtsreform befürwortet. Senator Brownback hatte das *Basic Law* als ein Hindernis auf dem Weg zur Freiheit bezeichnet. Schon damals waren die Vorwürfe von der Zentralregierung in Beijing als Einmischung in die internen Angelegenheiten verurteilt worden (s. C.a., 2004/1, Ü 27).

Mit der jüngsten Resolution verlieren die USA ihren Aussagen vom Januar d.J. besonderen Nachdruck, was die Beziehung zwischen den USA und der VR China beeinträchtigen könnte. Bei einem Treffen des stellvertretenden Außenministers der VR China, Zhou Wenzhong, und des stellvertretenden Außenministers der USA, James Kelly, bemühte sich Kelly jedoch, die Wogen wieder zu glätten. Er betonte, dass die USA den Beziehungen zwischen beiden Staaten und der Stellung der VR China gegenüber Taiwan und Hongkong große Bedeutung beimesse. Ferner würden die USA ihre Ein-China-Politik nicht ändern und die Implementierung des Prinzips „ein Land, zwei Systeme“ und des BL in Hongkong durch die VR China unterstützen. (Xinhua, 14.9.04; XNA, 14., 15.9.04; *People's Daily* online, 15.9.04; CD Hong Kong edition online, 15.9.04; DGB, 15.9.04, nach BBC PF, 16.9.04) -kw-

29 Hongkong ist kein Wohlfahrtsstaat

Eine Gruppe neu gewählter Parlamentarier, an ihrer Spitze Fernando Cheung als Vertreter des Wohlfahrtssektors, zeigte sich nach einem Gespräch mit Regierungschef Tung Chee-hwa außerordentlich enttäuscht, da dieser Änderungen an den vorgesehenen Streichungen im Wohlfahrtsbereich abgelehnt hatte. Auch öffentliche Proteste und Demonstrationen von älteren Hongkongern blieben ohne Wirkung.

Die vorgesehenen Kürzungen der sozialen Unterstützungsleistungen – Comprehensive Social Security Assistance (CSSA) – um 5,4% betreffen rund 232.000 ältere und behinderte Menschen; sie sollen den Haushalt um 360 Mio. HK\$ entlasten. Dabei handelt es sich um die zweite Phase einer Verringerung der CSSA um 11,1% vom Vorjahr, die für die jetzt betroffene Bevölkerungsgruppe auf den 1. Oktober 2004 festgelegt worden war.

Der scheidende Minister für Gesundheit, öffentliche Wohlfahrt und Ernährung Dr. Yeoh Eng-kiong verteidigte die Maßnahme als unbedingt notwendig, Hongkong sei eben kein Wohlfahrtsstaat. So lange Mittel vorhanden seien, spreche nichts gegen öffent-

liche Fürsorge. Man habe aber nie gesagt, dass die CSSA großzügig sei, sie könne eben nur die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen. Die beste Wohlfahrt seien ohnehin soziale Investitionen und der Aufbau von Humankapital. Das gesamte CSSA-Programm für alle Arbeitsfähigen und auch Familien mit nur einem Ernährer werde seit dem letzten Jahr so umgestaltet, dass diese ermutigt werden, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Armut, so Dr. Yeoh, sei keine Frage des Geldmangels, sondern eine Frage nicht vorhandener Chancen und Würde. (RTHK Radio 3, 23.9.04, nach BBC PF, 24.9.04; SCMP, 24., 27.9.04) -gs-

30 Regierung will Grundschulausbildung verbessern

Anlässlich des Tag des Lehrers am 10. September hat die Hongkonger Regierung Pläne bekannt gegeben, das Verhältnis von Lehrern pro Klasse in den Grundschulen zu verbessern, um so vor allem für die Englisch-, Chinesisch- und Mathematiklehrer die Unterrichtsbelastung zu reduzieren. Der Minister für Bildung und Arbeitskräfte Arthur Li Kwok-cheung gab als neu geplante Rate ein Verhältnis von 1,5 Lehrern pro Klasse statt bisher 1,4:1 an. Damit würde in einer Standardgrundschule mit 30 Klassen die Zahl der Lehrer von jetzt 42 auf künftig 45 steigen. Ziel dieser Maßnahme sei es, so erklärte Regierungschef Tung Chee-hwa bei einer Feierstunde, die Englischlehrer vom Schuljahr 2005-06 und die Mathematiklehrer vom Schuljahr 2006-07 oder 2007-08 von allen anderen Fachverpflichtungen zu befreien. Sie könnten sich dann voll auf ihren eigenen Fachunterricht konzentrieren. Dies entspricht den Bemühungen der Hongkonger Regierung, in den genannten Fächern die Unterrichtsqualität zu heben, um mittels verbesserter Bildungsstandards Hongkong Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten – vor allem auch gegenüber der VR China (vgl. C.a., 2004/8, Ü 30).

Ob die Maßnahme, die im Rahmen eines Finanzpakets von 550 Mio. HK\$ ab dem Jahr 2005 verwirklicht werden soll, auch zu dem erhofften Ergebnis führt, bleibt abzuwarten. Vieles hängt davon ab, ob die vorgesehenen

Finanzmittel auch zur Verfügung stehen werden. Bildungsexperten wiesen bereits darauf hin, dass man derzeit eher mit einer Abnahme der Lehrerzahlen für die nächsten Jahre rechnen und die Streckung der angekündigten Reform auf drei Jahre die Beschäftigungseffekte gering halten wird. Auch weigerte sich das Erziehungsministerium, konkrete Angaben zum Beginn der Umsetzung zu machen, da dieser von der Verfügbarkeit von Finanzmitteln abhängt.

Angesichts knapper Mittel wird das Ministerium auch kaum auf Bitten von Grundschuldirektoren aus Sha Tin eingehen können, für diesen Bezirk die vorgesehene Mindestzahl von 23 Schülern pro Klasse zu senken (als Höchstzahl wird 32 angegeben). Die ständige Sekretärin des Ministeriums Fanny Law Fan Chiu-fan erklärte sich allerdings bereit, mit den Direktoren über die Probleme zu sprechen. Da in Sha Tin die Zahl der Neuanfänger in diesem Jahr um 1.900 auf 3.300 gefallen ist, wollen die Direktoren eine Senkung der Mindestschülerzahl auf 16 erreichen und außerdem einen „Schülerpool“ bilden, um diese so auf alle Schulen zu verteilen, dass keine geschlossen werden muss. (SCMP, 9., 11., 24.9.04)
-gs-

SVR Macau

31 Regierungschef Edmund Ho besucht die Bundesrepublik

Macaus Regierungschef Edmund Ho stattete vom 13. bis 18. September der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab. Bisher hatte er Portugal, Frankreich, das EU-Hauptquartier in Brüssel, Belgien, Singapur, Japan, Südkorea und Mosambik besucht. Auf seiner Deutschlandroute standen die Städte München, Berlin, Leipzig, Wiesbaden und Frankfurt am Main. Er traf u.a. mit Bundeskanzler Schröder und Bayerns Ministerpräsidenten Stoiber zusammen. Hos Delegation bestand aus 16 offiziellen Regierungsvertretern, darunter die Vorsitzende der Legislativversammlung Susana Chou und Wirtschafts- und Finanzminister Francis Tam, 15 Vertre-

tern der Wirtschaft und 17 Journalisten. Vor seiner Abreise sagte der Regierungschef, er erwarte von seinem Besuch einen Beitrag zur Förderung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Er werde auf die Möglichkeiten hinweisen, die sich ausländischen Investoren infolge des Abkommens über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Macau (Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement, CEPA) eröffneten, um über Macau auf den Markt des chinesischen Festlands zu gelangen. Bei den Importen aus Macau lag die Bundesrepublik im Jahr 2003 wieder an erster Stelle vor Großbritannien, bei den Exporten nach Macau belegte sie hinter Frankreich den zweiten Platz. Deutsche Importe beliefen sich auf rund 212 Mio. US\$, Exporte auf 76 Mio US\$.

Am 13. September begann Edmund Ho in München seinen offiziellen Besuch. Am Morgen traf er mit dem stellvertretenden Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Hans Spitzner zusammen. Spitzner sagte, die 50.000 mittelständischen Unternehmen in Bayern hätten großes Interesse am chinesischen Markt. Obwohl Hongkong und Singapur die traditionellen Zentren für diese Unternehmen in Asien seien, würden sie sicher in Zukunft Macau bei der Erschließung des chinesischen Marktes berücksichtigen, da Macau die Vorteile niedriger Betriebskosten und modernster Telekommunikationssysteme biete. Er werde darüber nachdenken, Macau in den Asienbesuch einer bayerischen Handelsdelegation im nächsten Jahr mit aufzunehmen. Edmund Ho hieß alle bayerischen oder deutschen Unternehmen willkommen, Macau als Sprungbrett für den wirtschaftlichen Einstieg in das chinesische Festland zu nutzen, insbesondere in das Perlfussdelta und den Wirtschaftsgroßraum Perlfussdelta (Pan-Pearl River Delta (PPRD) Regional Cooperation Framework Agreement, auch „9+2“ genannt, da es sich um neun Provinzen sowie die SVR Hongkong und die SVR Macau handelt). Gleichzeitig helfe die SVRM bayerischen Unternehmen gern bei der Eröffnung von Büros in Macau, um die Handelsbeziehungen zu stärken. Die Unternehmen im Perlfussdelta beweg-

ten sich in Richtung Hightech und der fortschrittliche Technologiehintergrund deutscher Unternehmen würde dort dringend gebraucht. Später besuchte die Delegation die in München ansässigen Unternehmen Giesecke & Devrient Co. und die Siemens AG, mit denen die Regierung der SVR Verträge zur Entwicklung des Computersystems für elektronische Personalausweise geschlossen hat. Am Nachmittag hatte Edmund Ho eine halbstündige Unterredung mit Ministerpräsident Edmund Stoiber. Ho unterrichtete Stoiber über die jüngsten Entwicklungen Macaus. Macau entwickle sich zu einem Dienstleistungszentrum zwischen anderen Ländern und China und sei bereit, bayerischen Unternehmen beim Betreten des chinesischen Marktes zu helfen.

Am zweiten Tag seines Deutschlandbesuchs traf Edmund Ho in Berlin mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem außen- und sicherheitspolitischen Berater Bernd Mützelburg zusammen. Edmund Ho lud den Bundeskanzler ein, Macau nächstes Jahr während einer PPRD-Konferenz zu besuchen. Schröder zeigte großes Interesse an einem solchen Besuch im Rahmen einer weiteren Chinareise. Mit Mützelburg erörterte Edmund Ho zukünftige Kooperationsprogramme und Macaus Rolle als Sprungbrett für deutsche mittelständische Unternehmen, um den Markt des Perlfussdeltas zu erschließen und Macau als Schaufenster für deutsche Technologie und Wissenschaft – z.B. die Umweltschutz-Technologie – zu nutzen. Bei einem Mittagessen der Bundesagentur Invest in Germany drängte Edmund Ho deutsche Unternehmer, Macau zu besuchen. Der Regierungschef wies darauf hin, dass Macau nicht nur ein Glücksspiel- und Tourismusziel sei (für dieses Jahr wird mit über 12 Mio. Touristen gerechnet), sondern auch eine wichtige Dienstleistungs-Plattform, die mittelständischen Unternehmen den Einstieg in den chinesischen Markt erleichtern helfe. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Ditmar Staffelt wies auf Macau als wichtiges Element in den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Ostasien und insbesondere mit China hin. Ho stattete noch dem Staatssekretär des Außenministe-